

Stellungnahme der FWB zum Grundsatzbeschluss „Umzug des Rathauses auf den Marktplatz“

Rede des Fraktionsvorsitzenden der FWB während der Stadtvertretung am 12.8.2003 zum Umzug des Rathauses auf den Marktplatz.

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Herr Bürgervorsteher, meine sehr geehrten Damen und Herren,

dieser Tagesordnungspunkt mit dem Punkt a) Umzug des Rathauses auf den Marktplatz und dem Folgepunkt b) beinhaltet sicherlich eine gewisse Brisanz, bietet andererseits für die Stadt Barmstedt eine Chance mit durchaus historischen Konsequenzen.

Um die Haltung der FWB zu dieser historischen Chance zu begründen, möchte ich aus unserem Wahlprogramm zur Kommunalwahl März 2003 – das ist noch nicht so lange her – zitieren. Dort steht unter dem Stichwort „Städtebausanierung“: „Die sicherlich reizvolle Idee, das Rathaus in die Innenstadt zu verlagern, ist zunächst nur eine Gedankenspielerei des Städteplaners selbst. Ohne eine hierzu notwendige Kosten-Nutzen-Analyse ist dazu derzeit keine Aussage möglich.“ Zu einer solchen Analyse hätten wir uns alle deutlich mehr Zeit gewünscht. Das ist denn auch die wesentliche Kritik, die wir auszusprechen haben. Doch wem sollen wir hinsichtlich dieses Zeitdrucks die Schuld geben? Der Verwaltung, dem Bürgermeister? Nein, denn diese haben auch erst kurzfristig von dem warmen Geldregen aus Kiel erfahren. Dem Land wohl auch nicht, denn die stellen uns aus einer Umschichtung zusätzliche Städtebauförderungsmittel in Höhe von 1.020.000 € zur Verfügung, da andere Kommunen diese Mittel nicht in Anspruch nehmen. Um diese einmalige Chance nutzen zu können, müssen wir schnell handeln, damit uns nicht andere Gemeinden zuvor kommen. Insofern möchten wir dem Bürgervorsteher danken, dass er diese Sitzung so frühzeitig einberufen hat.

Wir als Stadtvertreter müssen uns mit der Tatsache auseinandersetzen, dass uns

das Land zusätzliche Städtebauförderungsmittel in Höhe von 1.020.000 € zur Verfügung stellt unter der Bedingung, das Rathaus in das Kuhlke-Gebäude auf dem Marktplatz umzusiedeln. Wohlgedacht, diese Mittel sind nicht zweckgebunden für die Umsiedlung des Rathauses. Sie sind für die Städtebausanierung der Innenstadt zu verwenden. Momentan wird der 1. Bauabschnitt (BA) der Marktplatzsanierung durchgeführt. Die Finanzierung des 2. BA einschließlich der Straße hinter dem Kuhlke-Block im nächsten Jahr steht noch nicht. Mit diesen zusätzlichen Mitteln aus Kiel kann auf jeden Fall im Jahre 2004 der 2. BA durchgeführt werden. Mir wäre es am liebsten, wir könnten sofort weitermachen, um nur einmal eine Baustelle zu haben und mit dem Durchstich bei Kuhlke die verkehrliche Situation deutlich zu verbessern. Doch das ist leider nicht möglich. Aber besser, die Maßnahme wird 2004, als 2005 durchgeführt. Das allein ist schon ein wichtiger Punkt, die zusätzlichen Mittel aus Kiel in Anspruch zu nehmen. Doch diese Inanspruchnahme ist gekoppelt mit dem Umzug des Rathauses. Wie sieht die Kosten-Nutzen-Analyse aus?

Unser jetziges Rathaus, das zugegeben durch seine großartige Fassade überzeugen kann, ist - und das wissen wir alle - mehr als sanierungsfähig. Fangen ich mit dem schlimmsten Manko an, dem völlig unzureichenden Brandschutz. Die Unterbringung von Mitarbeitern in Dachzimmern und die sanitären Anlagen sprechen für sich. Ein kurzfristig erstelltes Gutachten nennt die Summe von 1,3 Mill. € für eine Sanierung unserer beiden jetzigen Rathausgebäude. Diese Summe zahlen wir zu 100% ganz allein. Es gibt keinen Cent Zuschuss. Und das Schlimme, bei solch einer Sanierung entsteht für uns kein „richtiges“, Rathaus. Was meinen wir damit: Das so sanierte Rathaus enthielte weiterhin keine Räume für die Selbstverwaltung! Kein Sitzungssaal für die Stadtvertretung, kein Dienstzimmer für den Bürgervorsteher, geschweige denn von Dienstzimmern für die Fraktionsvorsitzenden. Das alles sind in anderen Rathäusern Selbstverständlichkeiten. Da gefällt mir das Konzept von Barmstedter Architekten aus den 80-er Jahren bedeutend besser. Es beinhaltet nämlich solche Räume für die Selbstverwaltung. Der damals ermittelte Preis betrug ca. 5 Mill. DM, also ca. 2,5 Mill. €. Auch diese Mittel müssten wir zu 100 % finanzieren. Bei der Finanzlage der Stadt ein utopisches Unterfangen.

Aber zu einer notwendigen Sanierung des Rathauses im Mindestumfange werden wir in Kürze, mindest aber mittelfristig allein durch den Brandschutz

gezwungen werden, das sind wie gesagt ca. 1,3 Mill. € Jetzt die Gegenrechnung: Der Eigenanteil der Stadt bei einem Umzug des Rathauses beträgt einschl. Grunderwerb und Baukosten 1.010.400 € Die restlichen 1,3 Mill. fließen an Zuschüssen von Bund und Land. Mit der Durchführung dieser Maßnahmen haben wir ein Rathaus an hervorragender Stelle, nämlich genau auf dem Marktplatz, und weiterhin ein Rathaus mit Räumen für die Selbstverwaltung.

Es stehen sich also folgende Zahlen gegenüber: 1,3 Mill. € Sanierung des alten Rathauses und 1.010.400 € für die Umsiedlung des Rathauses. Die letzte Summe muss noch reduziert werden um die anteiligen Kosten für die „Cafeteria“ in Höhe von 210.000 € die sich durch die Mieteinnahmen selbst finanzieren und eventuell um gut weiterhin 100.000 € falls die momentane Gesetzgebung noch Anwendung findet. Ab 1.1.2004 müssen nämlich die Kommunen vorweg einen Eigenanteil von 20% entrichten. Das wären die in der Auflistung der Verwaltung genannten 158.000 € Berücksichtigt man diese beiden Summen, so stehen den Sanierungskosten von 1,3 Mill. € nur noch 700.000 € bis 800.000 € für den Umzug gegenüber. Im letzteren Fall hätten wir ein komplettes Rathaus an hervorragender Stelle. Zusätzlich fielen dabei nur gut die Hälfte der Sanierungskosten für das jetzige Rathaus an.

Unsere Entscheidung, nämlich die Entscheidung der FWB steht angesichts dieses Zahlenwerkes fest. Die FWB unterstützt einhellig die Umsiedlung des Rathauses in das Kuhlke-Gebäude auf dem Marktplatz.

Hinsichtlich des Investitionsprogramms für die Jahre 2003 – 2010 ist zu sagen, dass dieses im Wesentlichen bestimmt wird durch die Sanierungsmaßnahmen bzw. Neubauten an der Albert-Schweitzer-Schule, der James-Krüß-Schule, der Geschwister-Scholl-Schule, den Sporthallen in der Schulstraße und am Heederbrock, den neuen Sportplätzen und Straßenbaumaßnahmen. Der Umzug des Rathauses beeinflusst dieses Programm nur in geringem Maße. Hinsichtlich der Verschuldung würde bei einer Rathaussanierung sogar vorübergehend eine höhere Summe erreicht werden als bei einem Umzug des Rathauses. Die geniale Idee hinsichtlich der Finanzierung dieses Mammutprogramms liegt in der Beleihung unserer Abwasserleitungen. Denselben Clou haben wir bereits beim Bau des Gymnasiums gelandet. Dort haben wir die Versorgungsleitungen

beliehen. Auch hier betone ich nochmals in aller Deutlichkeit: Diese Eigenkapitalentnahme belastet mit keinem Cent den Gebührenzahler. Knackpunkt hinsichtlich der Finanzierung des Gesamtprogramms ist sicherlich die Erhöhung der Folgekosten für die Bauleitplanung. Primär schlug die Verwaltung eine Erhöhung von jetzt 20 DM auf neu 20 € vor. Das wäre eine 100%-ige Erhöhung. Diese Erhöhung machte bereits der Hauptausschuss nicht mit. Dem heutigen Entwurf liegt eine knapp 50%-ige Erhöhung auf 15 € zugrunde. Ein Kompromissvorschlag der Verwaltung. Das tut zwar immer noch weh. Andererseits nehmen wir bei einer gemeinsamen Erschließung mit den Eigentümern bedeutend mehr ein als die 15 €. Das haben die Beispiele „Kühl“ und „Kirche“ gezeigt. Deshalb könnten wir diesem Investitionsprogramm, so wie es vorliegt, zustimmen. Nur gibt es eine Kommunalaufsicht, die auch ein Wörtchen mitzureden hat. Gestern hatten wir ein Gespräch im Pinneberger Kreishaus. Die sehen zwar unsere Bemühungen hinsichtlich einer soliden Finanzierung ein. Dennoch ist ihnen der Umfang unserer Sanierungs- und Neubaumaßnahmen zu hoch angesichts unseres desolaten Verwaltungshaushaltes. Und wie der sich entwickelt, steht in den Sternen. Das Vorziehen der Steuerreform wird sich sicherlich negativ auswirken. Andererseits wollen wir die Hoffnung auf eine Gemeindefinanzreform, die sich dann hoffentlich positiv auf die Städte und Gemeinden auswirkt, nicht aufgeben.

Die Kommunalaufsicht wünscht, dass wir 1 Mill. EURO der Eigenkapitalentnahme in den Verwaltungshaushalt stecken und den Rest in den Vermögenshaushalt. Das sind immerhin 2,25 Mill. EURO. Weiterhin sollen die Sanierungsmaßnahmen in der Geschwister-Scholl-Schule und der Sporthalle Heederbrook in Bauabschnitte eingeteilt werden, die Maßnahmen sollen also zeitlich gestreckt werden. Straßenbaumaßnahmen sollten erst wieder ab 2008 durchgeführt werden können. Die Höhe der Folgekosten für die Bauleitplanung von 15 € ist für die Kommunalaufsicht ein absolutes Minimum. „Niedriger darf sie nicht ausfallen“, war das Abschlusswort. Politik besteht nun einmal aus Kompromissen. Uns ist keine Maßnahme gestrichen. Sie sind nur zeitlich gestreckt. Wir jedenfalls können mit diesen Kompromissen leben

Bei Verwirklichung aller im Investitionsprogramm 2003 – 2010 genannten Maßnahmen ist Barmstedt im Jahre 2010 in der Tat eine rundherum erneuerte

Stadt, uns zwar ohne den Schuldenstand im Vergleich von heute zu erhöhen, im Gegenteil eher niedriger zu fahren. Möglich ist dies alles nur – und das scheint ein Widerspruch zu sein -, weil Barmstedt so hoch verschuldet ist. Bei investiven Maßnahmen gibt es ordentliche Zuschüsse (Gymnasiumsanzubau 94 %, jetzt die 1 Mill. € bei der Städtebausanierung, ich könnte weitere Beispiele nennen). Wir müssen also weiterhin investieren in dem Maße, dass die Neuverschuldung in keinem Jahr die Tilgungsleistungen überschreitet. Das ist schon seit Jahren die Auflage der Kommunalaufsicht.

In diesem Sinne – für ein rundherum erneuertes Barmstedt – werden wir beiden Punkten zustimmen.